

V1-001 „Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf“

Antragsteller*in: Vorstand

Beschlussdatum: 16.11.2021

Änderungsantrag zu V1

Von Zeile 1 bis 11:

Der Kreisvorstand wird gebeten, ~~auf einer analogen Mitgliederversammlung bis den Mitgliedern des Kreisverbandes bis einschließlich~~ Januar 2022 die Möglichkeit zum Austausch über das Thema Auswertung Bundestagswahl 2021 und Schlüsse daraus für die Landtagswahl 2022 zu bieten. Dabei sollten u. a. folgende Punkte berücksichtigt werden:

- ~~ihm vorliegende Auswertungen des Wahlverhaltens betreffend unsere Partei vorzustellen und dabei insbesondere das Thema der Wähler*innen „Ü60“ aufzugreifen und~~
- Auswertungen des Wahlverhaltens gegenüber der Partei, auch mit Blick auf das Thema der Wähler*innen „Ü60“
- ausreichend Raum zur Diskussion ~~der~~ von Stärken und Schwächen des Bundestagswahlkampfes ~~in Kreisverband zu bieten und im Kreisverband~~,
- Forum und Struktur für ~~die~~ sich daraus ergebenden ~~Vorschläge und Wünsche der Mitglieder für einen noch besseren Landtagswahlkampf zu bieten.~~

Begründung

Bereits kurz nach der Bundestagswahl ist die kritische Reflexion im Kreisvorstand und im Kreisverband gestartet. Dazu zählen u. a.: Treffen der SG-Sprecher*innen, eine erste Vorstandsklausur, ein Analysepapier des Wahlkampfmanagements und viele Gespräche mit Mitgliedern des Kreisverbandes. Dieser Input soll in die Strategie und Organisation des Wahlkampfes für die Landtagswahl fließen – und muss und wird um weiteren Mitgliederaustausch ergänzt werden.

Wir haben den Anspruch, für unsere Mitglieder einen Raum für Diskussionen und Austausch zu schaffen. Dabei halten wir Mitgliederabende aktuell für das geeignetste Format. Ein Mitgliederabend ermöglicht informelle Gespräche, Diskussionen in Kleingruppen (auch digital) sowie die Weiterentwicklung von Ideen. Dies ist auf einer Mitgliederversammlung in dem Ausmaß nicht gegeben. Beschlussvorlagen werden aber selbstverständlich in einer Mitgliederversammlung behandelt.

Pandemische Lage: Aufgrund der pandemischen Lage möchten wir aktuell keinen Beschluss über analoge Veranstaltungen fassen. Wir alle sind überzeugt, dass wir den Austausch über Präsenzformate benötigen. Wir alle haben den Anspruch, im Jahr 2022 vermehrt wieder auf Präsenztermine zu setzen. Dies aber aktuell zu beschließen, halten wir nicht für verantwortlich.

Wähler*innen „Ü60“: Es ist wichtig, dass wir dieses Thema kritisch reflektieren und diskutieren. Aber: Wenn wir einen offenen Raum für Diskussionen ermöglichen möchten, können wir nicht bereits heute ein alleiniges Fokusthema definieren.

Unterstützer*innen

Thomas Lange (KV Düsseldorf)